

Zollpolitik gefährdet Medikamentenversorgung und Standort

Handelsbeschränkungen führen im schlimmsten Fall zu Abwanderung von Forschung und Produktion in die USA. EU-Politik muss im Sinne der eigenen Sicherheit rasch handeln.

Wien, 3. April 2026 – Die jüngste Ankündigung der US-Administration, bei der Einfuhr bestimmter Arzneimittel in die USA einen Zoll und damit einen Preisaufschlag von 100 % einführen zu wollen, gefährdet sowohl die Medikamentenversorgung als auch den Standort Österreich – jedenfalls dann, wenn keine entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen werden. Dazu sagt Alexander Herzog, Generalsekretär der PHARMIG: „Das Ansinnen von Präsident Trump, mehr Produktion in die USA zu holen, täte generell auch der europäischen und österreichischen Politik gut. Allerdings ist die Situation bei uns anders gelagert. Mit einer Niedrigpreispolitik, wie sie bei Arzneimitteln in Europa und gerade auch in Österreich herrscht, wird man weder den Standort noch die Versorgung stärken. Der generische Bereich leidet seit langem schon an extrem niedrigen Preisen, und was den innovativen Sektor betrifft, so wird der Wert und Nutzen innovativer Medikamente ebenfalls nicht im entsprechenden Maß gewürdigt. Zudem ist es schlicht eine Tatsache, dass neue Medikamente zum Großteil in den USA entwickelt werden. Dort nämlich herrscht ein anderes Verständnis davon, was Forschung leistet und welchen Nutzen Innovationen für die Gesellschaft haben.“

Idealerweise nimmt die EU-Politik Trumps jüngste Ankündigung zum Anlass, die beabsichtigte Vereinbarung zwischen der EU und den USA vom August letzten Jahres voranzutreiben. Diese sieht eine Obergrenze von 15 % für Zölle auf pharmazeutische Produkte vor. Noch ist das entsprechende Dokument nicht bindend und muss auf EU-Ebene erst umgesetzt werden. „Um zu verhindern, dass wir langfristig Forschung und Produktion im Pharmabereich an die USA verlieren, sollte die EU zügig handeln“, mahnt Herzog.

Für die pharmazeutische Industrie ist es von höchstem Interesse, Arzneimittel generell von jeglichen Zöllen auszunehmen, wie es auch in der Vergangenheit der Fall war. Allerdings ist dieses Ziel mit der jüngsten Verlautbarung über hohe Zölle in noch weitere Ferne gerückt.

„Wir können es uns heute nicht mehr leisten, die Forschung anderen zu überlassen und die Produktion von so essenziellen Gütern wie Medikamenten zunehmend abwandern zu lassen. Die Versorgung mit Medikamenten und deren Entwicklung ist auch eine Frage strategischer Sicherheit. Wir müssen jetzt, wo es derartige geopolitische Verwerfungen und Drohszenarien gibt, an unserer Eigenständigkeit arbeiten. Daher sind unsere Forderungen nach adäquaten Medikamentenpreisen und einer umfassenden, langfristigen Strategie zur Stärkung der pharmazeutischen Industrie in Österreich und der EU keine leeren Phrasen. Hier müssen seitens der Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen gesetzt werden, und zwar besser gestern als heute“, so Herzog.

Rückfragehinweis

PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs
Head of Communications & PR
Peter Richter, BA MA MBA
+43 664 8860 5264
peter.richter@pharmig.at
pharmig.at

Über die PHARMIG: Die PHARMIG ist die freiwillige Interessenvertretung der österreichischen Pharmaindustrie. Derzeit hat der Verband ca. 120 Mitglieder (Stand April 2026), die den Medikamenten-Markt zu gut 95 Prozent abdecken. Die PHARMIG und ihre Mitgliedsfirmen

stehen für eine bestmögliche Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln im Gesundheitswesen und sichern durch Qualität und Innovation den gesellschaftlichen und medizinischen Fortschritt.